

Diskussion	61
-------------------------	----

Anhang

Diskussion mit Zuhörern während zweier Sitzungsunterbrechungen	78
--	----

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie alle zu der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages. Kurz gesagt: Enquete-Kommission „Deutsche Einheit“. Die heutige Veranstaltung steht unter dem Titel „Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung“. Wir haben für die heutige Veranstaltung Ort und Termin ganz bewußt ausgewählt. An dem Ort, an dem wir uns heute mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigen werden, haben früher die Helfer des Mielke-Imperiums gegessen, die die Öffentlichkeit und das Licht scheuten wie der Teufel das Weihwasser. Heute ist dieser Ort die Tagungsstätte von Mitgliedern demokratischer Parteien, und zu dieser Veranstaltung hat jedermann Zugang.

Der heutige Tag, der 17. Juni, ist mehr als nur ein symbolisches Datum. Vor 43 Jahren sind hier in Berlin und an anderen Orten viele Menschen gegen das SED-Regime aufgestanden und auf die Straße gegangen. Sie kämpften damals für mehr als nur für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie wollten Demokratie statt Parteidiktatur, Freiheit statt Unterdrückung, Einheit statt Trennung und Teilung. Man skandierte den Ruf „Kollegen reiht Euch ein – wir wollen freie Menschen sein“. Dieser Aufstand brach unter den sowjetischen Panzern und den Salven aus den Maschinengewehren der kasernierten Volkspolizei zusammen. Allein bis zum 30. Juni 1953 wurden mehr als 6.000 Menschen festgenommen. Viele von ihnen wurden zu langen Haftstrafen und zu Zwangsarbeit verurteilt. Sie mußten berufliche Nachteile hinnehmen. Sie wurden am beruflichen Fortkommen gehindert. Manche von denen, die damals dabei waren, leben noch unter uns. Einige sind heute hier im Saal.

Im Laufe der nachfolgenden Jahrzehnte hat die zweite Diktatur in Deutschland ihr schlimmes Treiben fortgesetzt und Tausende von Menschen bespitzelt, gegängelt, inhaftiert. Fast alle der knapp 18 Millionen Mitmenschen, die in diesem System leben mußten, haben ihre Erfahrungen in dieser DDR und in dieser Zeit machen müssen. Wir stehen heute vor der Aufgabe, die Folgen der zweiten Diktatur in Deutschland zu überwinden. Gerade dazu ist es notwendig, dieser lange zurückliegenden Ereignisse zu gedenken. Einem Volk, das sich nicht mit seiner Vergangenheit, mit seiner Geschichte befassen will, geht es so wie einem Menschen, der aus seinem eigenen bisherigen Leben keine Lehren ziehen will. Er riskiert, daß er immer wieder dieselben Fehler macht. Aber welcher kluge Mensch, welches kluge Volk verhält sich so oder sollte sich so verhalten und faßt immer wieder an dieselbe heiße Ofentür, an der man sich die Finger schon einmal kräftig verbrannt hat.

Wenn wir unsere Kräfte auf die Gestaltung der Zukunft richten wollen, wenn wir es schaffen wollen, der jüngeren Generation viele bittere Erfahrungen, die ganze Generationen zuvor machen mußten, zu ersparen, dann ist gerade der 17. Juni für alle Deutschen ein Datum von herausragender Bedeutung. Dieser Tag sollte in Zukunft der nationale Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur werden. Wenn wir im Januar der Opfer der nationalsozialistischen Judenvernichtung gedenken, um aus solchem Gedenken zu lernen, so sollten wir wieder am 17. Juni der Opfer der SED-Diktatur eingedenk sein. Wir müssen die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in Deutschland transparent machen und das Erinnern und Gedenken an das Leid, das den Generationen auch in den früheren Jahren der DDR zugefügt wurde, wachhalten. Im wiedervereinigten Deutschland wollen wir und dürfen wir das nicht vergessen. Ein Denkmal könnte uns dabei helfen und ich zitiere den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft 13. August, Dr. Rainer Hildebrandt: „Das Mahnmal muß dort errichtet werden, wo der Aufstand seinen politischen Brennpunkt fand.“ Vor dem ehemaligen Haus der Ministerien, dem heutigen Rowedder-Haus, Leipziger- Ecke Wilhelmstraße.

Mein Appell von dieser Stelle an die Senatsverwaltung: Wir alle müssen nach Wegen suchen, die uns helfen, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden. Wir müssen einer DDR-Nostalgie, die von interessierter Seite zielbewußt gefördert wird, entgegentreten, denn sie vernebelt den klaren Blick für die Unmenschlichkeit, die die Geschichte der SED-Diktatur begleitet. Wir wollen den Prozeß der Aufarbeitung dieser Vergangenheit als eine Aufgabe verstehen, die von der gesamten Gesellschaft mitgetragen werden muß. Zu dieser Aufgabe gehören ganz verschiedene Aspekte: Die wissenschaftliche Durchdringung der Vorgänge in der Vergangenheit, das Verhindern einer Legendenbildung, das Bemühen um Begegnung zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Jungen und Alten und zwischen verschiedenen Biographien und Lebenserfahrungen, das Wecken von gegenseitigem Verständnis, das Darstellen der Situation der Opfer und das Erhalten von Erinnerungen. Darum ist es auch ein wichtiger Schritt, wenn heute mittag in dieser Stadt eine Initiative ins Leben gerufen wird, mit der Politiker verschiedener demokratischer Parteien, der Bundeskanzler, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland und viele Bürgerrechtler gemeinsam versuchen wollen, ein Stück zu dieser Aufgabe beizutragen, nämlich Verständnis für die Situation der Opfer bei jüngeren Generationen zu wecken, das Gedenken wachzuhalten und ganz konkrete Möglichkeiten für Hilfe anzubieten. Es wäre nur konsequent und richtig, wenn eine solche Initiative auch die Chance bekäme, mit dem verbliebenen Geld der SED-Diktatur etwas Sinnvolles anzufangen. Das kann aber nur ein Schritt von vielen Schritten sein, die noch vor uns liegen.

Heute sind sehr viele von denjenigen zu uns gekommen, die sich ehrenamtlich – in ihrer Freizeit – mit der Aufarbeitung der Vergangenheit und damit der Gestaltung unserer Zukunft beschäftigen. Sie opfern ihre Zeit, investieren eigene Mittel und Phantasie; sie schenken uns allen ein Stück ihrer Lebenserfahrung. Dafür möchte ich Ihnen in unser aller Namen ganz herzlich danken. Ich denke,

daß gerade Ihr vielfältiges Engagement ein sehr wichtiger Beitrag für die Zukunft der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Enquete-Kommission, der Deutsche Bundestag, die Politik in Deutschland kann die Folgen der SED-Diktatur nicht alleine überwinden. Wir alle sind auf Ihre Mithilfe angewiesen. Deshalb interessieren wir uns heute für Ihre Situation besonders. Deswegen wollen wir heute gemeinsam überlegen, welche Herausforderungen sich bei unseren gemeinsamen Aufgaben in den nächsten Jahren stellen. Wir wollen erfahren, wie wir es schaffen können, das Gedenken an die Opfer, die Weitergabe von Erfahrung und die Begegnung verschiedener Generationen mit unterschiedlichen Lebenshintergründen zu fördern.

Die Enquete-Kommission hat den Auftrag, dem Deutschen Bundestag Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Dazu gehört es, über die Sicherung der Arbeit der Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen in der Zukunft nachzudenken. Die Kommission wird sich im Laufe ihrer zukünftigen Arbeit auch Gedanken darüber machen, ob eine Institution geschaffen werden soll, die all diesen Gruppen bei ihrer Arbeit behilflich ist. Gerade solche Überlegungen bedürfen einer sehr genauen Vorbereitung, denn wir müssen die Situation der Aufarbeitungsgruppen und aller anderen Institutionen, die daran mitarbeiten, kennen. Deshalb haben wir schon im vergangenen Jahr begonnen, mit einer Fragebogenaktion alle wichtigen Daten zu sammeln. Wir haben heute einige von den vielen Gruppen, die beim Aufarbeitungsprozeß mithelfen, gebeten, uns ihre Anregungen zu geben. Alle anderen, die heute nicht mündlich befragt werden können, sind bereits im Fragebogen zu Wort gekommen. Sollte es einzelne unter Ihnen geben, die die Möglichkeit noch nicht hatten, dann möchten Sie uns bitte ansprechen, damit Sie dies nachträglich noch tun können. Wir wollen heute Vormittag mit unseren Gästen vor allem in ein Gespräch eintreten, in das hoffentlich vielfältige Gedanken einfließen können. Ganz bewußt haben wir den „Markt der Möglichkeiten“ im Foyer plaziert, auf dem ein bunter Ausschnitt aus der Vielfalt der Chancen der Aufarbeitung zu sehen ist. Ich möchte im Namen der Mitglieder der Enquete-Kommission allen, die dort Stände aufgebaut haben und die aus dem ganzen Land angereist sind, herzlich danken.

(Beifall)

Ich bin sicher, daß Ihre Beteiligung für uns alle hilfreich sein wird. Wir haben heute die Möglichkeit, uns gegenseitig besser kennenzulernen und verstehen zu lernen. Es liegt an uns, wie wir den Prozeß der Aufarbeitung der SED-Diktatur gestalten wollen. Ich freue mich, daß wir mit unseren Gästen Wegbegleiter haben, die uns ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen möchten. Wir wollen heute von und mit Ihnen lernen. Ich wünsche Ihnen und uns allen einen erfolgreichen Tag, der uns auf dem gemeinsamen wichtigen Weg hoffentlich ein Stück voranbringt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung – dazu gibt es sicher sehr, sehr unterschiedliche Meinungen, Einsichten und Ansichten. Sie hören jetzt die von Michael Stognienko aus Berlin.

Michael Stognienko: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gebeten worden, in die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung einzuführen. In einem Text des Lyrikers Johannes Bobrowski aus Tilsit kommt ein Historiker vor, der auf die Straße rennt, weil ein Windstoß seine Zettel vom Balkon geweht hat. Sie fliegen davon und er rennt hinterher. Vielleicht ist die ganze litauische Geschichte in Gefahr, heißt es ironisch, wenn er seine Papiere nicht wiederfindet. So beginnt eine Rezension über die Materialien der letzten Enquete-Kommission. Die hatte den Titel „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Heute wollen wir mit dieser Kommission die Folgen der SED-Diktatur überwinden. Warum dieses Zitat? Zum einen ist es eine Verbindung zur 14. Sitzung der Enquete-Kommission in Leipzig am 30. September 1992, in der die Initiativen und Gruppen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte schon einmal befragt wurden. Zum anderen möchte ich Sie in dieses Bild Bobrowskis einladen. Tauschen wir einen Historiker gegen eine dieser Initiativen aus, sonst kann alles so bleiben. Sie sitzen auf einem Balkon, ihre Arbeit ist öffentlich und jederzeit einsehbar. Auch der Windstoß paßt. Jeder Wetterumschlag, jede Schwierigkeit – finanziell oder personell – gefährdet die Arbeit, bedroht das Erreichte. Auf die Frage, ob das eventuelle Zugrundegehen der Initiativen die deutsche Geschichte oder etwa die Tätigkeit der Initiativen selbst die Geschichtsschreibung gefährdet wird, denke ich, der heutige Tag Antwort geben. Eine Voraussetzung für meinen Beitrag zur Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Befragung der Initiativen durch die Enquete-Kommission. Ein Fragebogen mit 25 Fragen wurde den Gruppen vorgelegt: Zum Gegenstand ihrer Arbeit, zu ihrem Wirkungskreis, ihrer finanziellen Absicherung, der personellen Situation, ihrer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und öffentlichen Stellen. Anführen sollten sie die absehbaren Gefährdungen ihrer Arbeit. Um Stellungnahme wurden sie ebenfalls gebeten zu der Frage nach Schaffung einer Einrichtung zur Unterstützung der Aufarbeitungsgruppen sowie der Beratung von Opfern – der Einfachheit halber heute und hier kurz als Stiftung bezeichnet.

Antworten kamen von 67 Initiativen. Außer zur Vorbereitung dieser Anhörung dienen die Fragebogen der Vorbereitung eines Handbuchs. Um hier möglichst Vollständigkeit zu erreichen, sind weitere Recherchen notwendig. Meine Beschreibung der Situation der Aufarbeitungsinitiativen habe ich unterteilt in Arbeitsfelder der Initiativen und Arbeitsbedingungen. Zwei Antworten der Initiativen möchte ich besonders hervorheben: Die absehbaren Probleme in ihrer zukünftigen Arbeit und die Frage nach der Einrichtung einer Stiftung.

Den Punkt Arbeitsfelder beginne ich mit einer kurzen Beschreibung des Wirkungskreises der Initiativen. In 67 Antworten wählten sie unter den vier Möglichkeiten lokal/örtlich, regional, landesweit und bundesweit fünfmal den re-